

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 27. Oktober 2009,
17.00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße 6

Anwesend:

Bürgermeister Heinz Heller als Vorsitzender

und folgende Ausschussmitglieder:

- 1 Danner Hedi
- 2 Gries Thorsten
- 3 Schneider Dirk (in Vertretung für Streuber Elke)
- 4 Schmidt Bernd
- 5 Rimbrecht Walter
- 6 Kroh Jürgen
- 7 Cleemann Eveline
- 8 Eckerlein Thomas
- 9 Kretzschmar Uwe
- 10 Stauch Hanne
- 11 Krück Martin
- 12 Dettweiler Kurt
- 13 Ruf Achim
- 14 Nunold Matthias (in Vertretung für Wild Winfried)

Von der Verwaltung sind anwesend:

Amt 30 – Frau Dr. Bucher

Amt 32 – Frau Ewert

Amt 60 – Herren Morscher, Conrad, Ehrmann, Hell (bis 17.57 Uhr), Gottschlich
(bis 17.18 Uhr) und Frenkle (bis 17.18) sowie Frau Rohrbacher (Schriftführerin)

Amt 14 – Herr Filbrich (bis 18.15 Uhr)

Außerdem waren anwesend:

Büro Kohns, Neunkirchen – Herr Dietrich (bis 17.57 Uhr)

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

Er stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder form- und fristgerecht unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen wurden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung bestehen nicht.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 18.26 Uhr.

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlicher Teil

- 1 Ausbau der Talstraße (K 7)
 - Baubeschluss
- 2 Sanierung der Weiheranlage Rosengarten
 - Information
 - Beschlussfassung über die Ausführung der Ufersanierung
- 3 Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen durch bauliche Veränderungen in der Jakob-Leysen-Straße
(Antrag der CDU-Fraktion vom 3.10.2009)

II. Nichtöffentlicher Teil

Bauleitplanung

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Ausbau der Talstraße (K 7)** - **Baubeschluss**

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage vom 22.10.2009.

Er erklärt, dass die Anlieger über den Ausbau der Talstraße im Rahmen einer Anliegerversammlung am 20.10.2009 informiert wurden. Hierbei wurde deutlich, dass die Anlieger keinem Grundstücksverkauf für die Anlegung eines bergseitigen Gehweges zustimmen werden. Dies hat zur Folge, dass statt dem geplanten Gehweg nur noch ein Schrammbord angelegt und die Fahrbahn als Verengung ausgebaut werden kann. Dem Wunsch der Anlieger, statt einem Gehweg lediglich eine Rinne auszubauen, kann sich die Verwaltung nicht anschließen, da ein Schrammbord aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, welches natürlich bei den vorhandenen Einfahrten abgesenkt wird. Einem weiteren Wunsch der Anlieger, den geplanten Gehweg außerhalb der Bebauung auf die Talseite zu verlegen, kann nicht nachgekommen werden, da ansonsten teure Abstützungsmaßnahmen erforderlich werden.

Ratsmitglied Schneider erklärt, verschiedene Anlieger haben den Wunsch herangetragen, kurz vor der scharfen Kurve ein Tempo-30-Schild aufzustellen. Des Weiteren ist seiner Auffassung nach in der letzten Sitzung die Frage der Beleuchtung zu kurz gekommen und er möchte dieses Thema noch einmal ausführlich erläutern.

Der Vorsitzende erklärt, das Thema Beleuchtung kann im Hauptausschuss ausführlich besprochen werden, wenn es um die Ausschreibung gehe. Zum Thema der Beschilderung weist er daraufhin, dass hier das Ordnungsamt zuständig ist.

Frau Ewert (Ordnungsamt) erklärt, wenn der Ausbau der Straße erfolgt ist, wird das Ordnungsamt die Situation begutachten und über die Aufstellung eines Tempo-30-Schildes entscheiden.

Ausschussmitglied Kroh erklärt, wenn keiner der Anlieger bereit ist, die entsprechenden Grundstücksflächen zu verkaufen, dann gebe es auch keine andere als die von der Verwaltung vorgestellte Lösung, da sich seine Fraktion gegen eine Enteignung ausspreche. Allerdings ist seine Fraktion nach wie vor der Auffassung, dass der Gehweg talseits angelegt werden könnte.

Es schließt sich eine Diskussion darüber an, inwieweit es möglich ist, ohne größeren technischen Aufwand den Gehweg auf die Talseite zu verlegen.

Zum Abschluss der Diskussion schlägt der Vorsitzende vor, die Variante der talseitigen Verlegung des Gehweges noch einmal zu überprüfen, die Kosten für die Stützmaßnahmen zu ermitteln und in der nächsten Bau- und Umweltausschusssitzung zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Hinsichtlich der Verengung der Fahrbahn sowie der Anlegung des Schrammbordes innerhalb der Bebauung wird der Ausbau wie dargestellt erfolgen.

Der Bau- und Umweltausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise **e i n s t i m m i g** einverstanden. Ein Teilbaubeschluss erfolgt hinsichtlich der Verengung der Fahrbahn sowie der Anlegung des Schrammbordes innerhalb der Bebauung.

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler: 1 x 32, 1 x 602, 1 x 66

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Punkt 2: Sanierung der Weiheranlage Rosengarten

- Information
- Beschlussfassung über die Ausführung der Ufersanierung

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache vom 16.10.2009.

Der Bau- und Umweltausschuss erklärt sich einstimmig damit einverstanden, dass Herr Dietrich vom Büro Kohns die Planung vorstellt.

Herr Dietrich erklärt, die letzte Entschlammung erfolgte 1982. Auf der Weihersohle befindet sich eine Schlammstärke von 30-70 cm. Dies hat eine geringe Wassertiefe sowie ökologische Nachteile zur Folge. Mit der notwendigen Entschlammung soll gleichzeitig auch eine Ufersanierung einhergehen.

Auf Plänen sowie Fotos stellt Herr Dietrich die vorhandene Ufersanierung dar und erläutert die einzelnen Varianten: Variante 1: Holzverbau, Variante 2: Gabionen sowie Variante 3: Sandsteinquader.

Er erklärt, durchschnittlich sind ca. 30 cm der Uferbefestigung oberhalb der Wasserlinie zu erkennen. Der Vorteil des Holzverbaues liege darin, dass die Bepflanzung bis zur Uferbefestigung herangeführt werden kann. Dies ist bei den anderen Varianten nicht möglich.

Der Vorsitzende ergänzt, ein weiterer Vorteil des Holzverbaues bestehe darin, dass Reparaturen durch die Verwaltung selbst durchgeführt werden können.

Ausschussmitglied Dettweiler erklärt, dass die Variante 1 seiner Auffassung nach die richtige Variante darstellt, aber er schlägt vor, die geplanten Holzpfähle durch verzinkte Stahlstützen zu ersetzen, da dies haltbarer ist. Des Weiteren ist die Entschlammung so teuer, da das Material laut der Untersuchungen auf die Deponie verbracht werden muss. Hier könnte man doch eventuell klären, ob weniger belastetes Material z.B. auf die Rennwiese verbracht werden kann.

Herr Hell (Abteilung Garten- und Friedhofswesen) erläutert, die Kostenschätzung für die Entschlammung basiert auf der Entsorgung des kompletten Materials auf der Deponie. Zurzeit laufen Gespräche, wo eventuell das Material günstiger entsorgt werden kann.

Ausschussmitglied Stauch erklärt, ihrer Auffassung nach würde die Errichtung einer Spundwand mit einer dünnen Gabionenwand davor die bessere Alternative darstellen. Hier gebe es genügend Beispiele, z. B. von Herrn Wertz nach dem „Schwetzinger Modell“, wo eine ähnliche Situation im Schwetzinger Park optimal gelöst wurde. Sie hat hier verschiedene Adressen, die sie jederzeit zur Verfügung stellen kann.

Herr Dietrich erklärt, Gabionen haben zwar eine höhere Lebensdauer, aber auch der vorgeschlagene Holzverbau mit Holzbohlen ist haltbar. Eine Spundwand sowie die Errichtung von Stahlstützen sind wesentlich teurer. Die Statik ist für die geplanten Holzpfähle nicht problematisch, da die derzeit vorhandene dünne Flechtwand aus Holz fast 30 Jahre gehalten habe.

Der Vorsitzende ergänzt, 30 Jahre sei eine sehr lange Lebensdauer für diesen Holzverbau und in etwa 30 Jahren sei ohnehin eine neue Entschlammung nötig und dann müsse man sich wiederum ein Bild der vorhandenen Uferbefestigung machen. Selbstverständlich habe die Verwaltung auch andere Varianten im Vorfeld geprüft. Ziel soll es sein, dass die Uferbefestigung nicht weiter auffalle und auch das Holz kann ggf. überwachsen werden.

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Ausschussmitglied Kretschmar ist der Auffassung, dass Schotter wesentlich haltbarer ist. Er vermute außerdem, dass bei einem stehenden Gewässer bei ca. 60 Grad Abböschung lediglich ein geringes Maß an Schotter von Nöten ist. Der Vorteil liege auch darin, dass für Kleinstlebewesen Lebensraum geschaffen werde und die Grasnarbe könnte ebenfalls vorgezogen werden. Er schlägt vor, die Variante einer Sanierung mit Schotter kostenmäßig überprüfen zu lassen.

Ausschussmitglied Rimbrecht erklärt, dass ihn an allen Varianten das senkrechte Ufer störe. Hier könnte man eine Verbesserung durch die Sanierung mit Schotter und einem flacheren Ufer schaffen. Falls dies jedoch zu teuer ist, dann entscheide er sich auch für die Variante 1 mit dem Holzverbau.

Herr Kretschmar ergänzt, dass das Holz, wenn es im Wasser steht, sehr lange hält, aber, wenn der Wasserspiegel variiert, ist dies schlecht für das Holz.

Ausschussmitglied Kroh möchte wissen, ob für die Entschlammung nicht auch die Möglichkeit der Anlage eines Absetzbeckens bestehe. Des Weiteren möchte er wissen, ob bei einer senkrechten Ufersanierung künftig auch für die vorhandenen Schwäne, Enten und Gänse eine Treppe angelegt werden muss.

Herr Hell erklärt, im Uferbereich werden im Rahmen der Sanierung Möglichkeiten von Aufstiegshilfen für die Schwäne etc. geschaffen. Die Anlage eines Absetzbeckens ist zurzeit nicht vorgesehen, aber es wurde bereits darüber nachgedacht. Schwierig ist hier u.a. die Frage des Standortes aufgrund des Zulaufs durch den Bleicherbach.

Der Vorsitzende erklärt, die Anregung der Anlage eines Absetzbeckens werde jedoch aufgenommen.

Ausschussmitglied Eckerlein erklärt, die Gestaltung mit Holz sei grundsätzlich schöner als Stahlstützen zu verwenden, jedoch rate er von Lärchenholz ab. Den Vorschlag der Abböschung und Anlage mit Schotter halte er für besser.

Amtsleiter Morscher weist darauf hin, dass eine Abböschung zu einem anderen optischen Ergebnis führen werde.

Ausschussmitglied Kroh erklärt, dass man sich an optische Veränderungen gewöhnen kann, wichtig seien vor allem nachhaltige Lösungen.

Herr Hell erklärt, die Möglichkeit einer Steinschüttung wurde durchgeprüft, sie greife jedoch flächenmäßig und optisch stark in den Weiherbereich ein. Der vorhandene Charakter gehe verloren. Der Teich mit seiner senkrechten Einfassung kann als historisch betrachtet werden und es gibt noch etliche weitere Weiheranlagen mit vergleichbaren Uferbefestigungen in anderen Gärten wie z.B. im Rosengarten Uetersen. Es handele sich hierbei um „künstlich“ geschaffene Uferbefestigungen und nicht um natürliche Böschungen. Des Weiteren kann sich Schilf etc. in dem Schotter festsetzen und ist dann kaum noch zu reinigen und zu pflegen.

Ratsmitglied Schneider erklärt, das Hauptproblem stelle die Verschlammung dar. Er sei dafür, unterirdische Lösungsmöglichkeiten zu schaffen, z. B. mit Containern sowie eine naturnahe Lösung, z. B. die Oberschicht mit grobkörniger Lava und die Unterschicht mit

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

einfachem Schotter. Auf jeden Fall müssen diese nachhaltigen Varianten näher geprüft werden.

Ausschussmitglied Krück ergänzt, die angebotene Lösung ist vorzuziehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Rosengarten eine künstlich geschaffene Anlage ist und kein natürliches Biotop. Dieser „künstlich“ angelegte Garten wurde nach gewissen Prinzipien der Gartengestaltung geschaffen. Man werde jedoch die Frage des Absetzbeckens prüfen, außerdem werde die Variante der Sanierung mit Schotter geprüft hinsichtlich der Gestaltung sowie der Kosten.

Anschließend beschließt der Bau- und Umweltausschuss **einstimmig** die Variante 2 (Gabionen) sowie die Variante 3 (Sandsteinquader) der Sanierung auszuschließen. Ansonsten werde dieser Tagesordnungspunkt vertagt, um die Variante der Sanierung mit Schotter hinsichtlich ihrer Gestaltung sowie der Kosten zu überprüfen.

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler:
67 – 1 x

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Punkt 3 Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen durch bauliche Veränderungen in der Jakob-Leyser-Straße (Antrag der CDU-Fraktion vom 3.10.2009)

Der Vorsitzende erklärt, in der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses wurde der Antrag über verkehrsberuhigte Maßnahmen in der Jakob-Leyser-Straße in den Arbeitskreis für Verkehrssicherheit verwiesen. Jetzt habe die CDU-Fraktion einen neuen Antrag mit baulichen Veränderungen in der Jakob-Leyser-Straße gestellt. Er weist darauf hin, dass selbst wenn sich eine Mehrheit für diesen Antrag findet, selbstverständlich noch weitere Abstimmungen mit anderen Behörden notwendig werden.

Ausschussmitglied Kroh erläutert den Antrag seiner Fraktion dahin gehend, dass bereits vor Jahren im Arbeitskreis für Verkehrssicherheit die Problematik in der Jakob-Leyser-Straße diskutiert wurde, jedoch ohne Ergebnis. Die CDU-Fraktion schlage nun bauliche Veränderungen vor, die nicht in das Aufgabengebiet des Arbeitskreises, sondern in das ureigenste Aufgabengebiet des Bau- und Umweltausschusses falle. Nach Auffassung seiner Fraktion bestehe hier die Möglichkeit, in einem Modellversuch zu überprüfen, inwieweit z. B. Schwellen nachhaltig die Geschwindigkeit reduzieren können, um dies später in anderen Bereichen fortzusetzen. Das Aufstellen von Schildern ohne eine Dauerkontrolle, die viel zu aufwendig ist, bringe nichts.

Bauamtsleiter Herr Morscher erklärt, die Verwaltung habe keine ausgearbeitete Planung, jedoch eine beispielhafte Darstellung, wie mit Hilfe eines „Berliner Kissens“ mit einer Breite von 1,30 m bis 1,50 m und einer Höhe von ca. 6,5 cm bauliche Veränderungen vorgenommen werden können. Busse können dieses Kissen überfahren und Radfahrer können daran vorbeifahren. Nach den Richtlinien soll ein solches Kissen alle 50 m errichtet werden. Dies bedeute, dass man für die Straße ca. fünf Kissen benötige, welche ca. 17.500,00 € Kosten inkl. Befestigung verursachen würden.

Ausschussmitglied Dettweiler erklärt, er unterstütze den Vorschlag der CDU-Fraktion, halte die Kosten für einen Modellversuch jedoch für zu hoch. Man könnte mit zwei bis drei Schwellen anfangen, um die Kosten zu senken.

Ausschussmitglied Ruf äußert Bedenken, dass der vorhandene LKW-Verkehr behindert werden könnte und außerdem Lärmgeräusche durch die Kissen verursacht werden können. Seiner Auffassung nach sollte eine Maßnahme ergriffen werden, aber nicht in dieser Form.

Ratsmitglied Schneider erklärt, die Geschwindigkeit stelle seiner Auffassung nach nicht das Problem dar, da wegen der vorhandenen scharfen Kurve nicht schnell gefahren werden könne. Problematisch sei die Ampelkreuzung. Hier könnte durch eine Verschmälerung des Gehweges zwei komplette Fahrspuren geschaffen werden und der Verkehr könnte besser fließen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion könne man diese Modelllösung versuchen, sie stelle jedoch keine Lösung des Problems dar.

Ausschussmitglied Stauch schlägt vor, die Fahrbahn z. B. mit Hilfe von Blumenkübeln zu verengen, um die Geschwindigkeit zu reduzieren.

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Ratsmitglied Nunold begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion und unterstützt diesen als Modellversuch.

Ausschussmitglied Dettweiler erklärt, der Modellversuch sollte unbedingt gestartet werden, da es sich ja auch um abbaubare Kissen handele, jedoch sollten die Kosten auf 10.000,00 € beschränkt werden.

Ausschussmitglied Ruf erklärt, wenn dieser Modellversuch durchgeführt wird, dann bittet er darum, nicht wie geplant fünf Kissen, sondern weniger zu errichten und den Weg zu der bestehenden Firma freizulassen.

Ausschussmitglied Danner erklärt, dass durchaus Bedarf an einem Modellversuch bestehe, sie aber hierfür geeignetere Orte als den vorgeschlagenen sieht.

Der Vorsitzende erklärt, die Verwaltung habe hier lediglich in der Kürze der Zeit eine skizzenhafte Darstellung vorlegen können. Zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses werde die Verwaltung einen konkreten Vorschlag für einen Modellversuch erarbeiten und vorstellen.

Ratsmitglied Schneider schlägt vor, zwischenzeitlich Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen ohne Gebühren zu erheben, lediglich als Anhaltspunkt, inwieweit in dieser Straße tatsächlich zu schnell gefahren werde.

Der Vorsitzende erklärt, die Anregung der Geschwindigkeitsmessung werde aufgegriffen.

Anschließend vertag der Bau- und Umweltausschuss einstimmig diesen Tagesordnungspunkt

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.15 Uhr.

Verteiler:

32 – 1 x

60 – 1 x

2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27. Oktober 2009

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Heller
Bürgermeister

Rohrbacher

Verteiler:

- 1 x - I, II, III
- 1 x - SPD-Fraktion
- 1 x - CDU-Fraktion
- 1 x - FDP-Fraktion
- 1 x - FWG-Fraktion
- 1 x - Grüne Liste
- 1 x - Amt 10
- 1 x - Amt 14
- 1 x - Amt 20
- 1 x - Amt 60/L